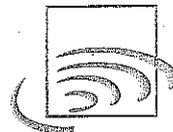


Klaus Schlie

Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages



CDU

An die
Vorsitzenden der Landtagsfraktionen

An den
Vorsitzenden des SSW im Landtag

nachrichtlich:

An die
Parlamentarischen Geschäftsführerinnen
und Parlamentarischen Geschäftsführer
der Landtagsfraktionen

An den
Vorsitzenden
des Umwelt- und Agrarausschusses

im Hause

EINGEGANGEN

12. Jan. 2016

Erledigung durch
VZ PR PGF GF

Kiel, *11.* Januar 2016

Rücknahme von Castor-Behältern

Schreiben des Ministers für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume vom 21. Dezember 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

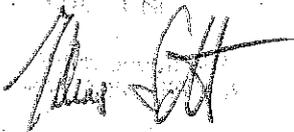
ich nehme Bezug auf das in der Anlage beigelegte Schreiben von Herrn Minister Dr. Habeck, das Ihnen auch unmittelbar zugegangen ist.

Minister Dr. Habeck berichtet über den aktuellen Stand der Gespräche über eine Zwischenlagerung von Castor-Behältern vor dem Hintergrund des Landtagsbeschlusses vom 24. April 2013 (LT-Drs. 18/751 - neu). Das Ministerium ist der Auffassung, dass mittlerweile die vom Landtag formulierten politischen Bedingungen erfüllt sind und das Konzept über die Rückführung von verglasten radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung im europäischen Ausland umgesetzt werden kann.

Der Minister bittet um Klärung, ob diese Einschätzung vom Landtag geteilt wird und ob es insoweit einer weiteren Beschlussfassung des Landtages bedürfe.

Ich bitte Sie, den Sachstand und Bedarf für eine neuerliche politische Beschlussfassung des Landtages oder des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses in Ihren Fraktionen zu erörtern.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. St.', written in a cursive style.

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume | Postfach 71 51 | 24171 Kiel

Der Minister

Präsident
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Klaus Schlie
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

21. Dezember 2015

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

am 24. April 2013 hat der schleswig-holsteinische Landtag seine politische Zustimmung, Castoren aus Sellafeld und La Hague im Land zwischenzulagern, erklärt (LT-Drucksache 18/751 (neu)) und dabei Bedingungen formuliert. Unter anderem wurde gefordert, dass sich neben Schleswig-Holstein mehrere andere Bundesländer an der Lösung beteiligen. Angesichts einer aktuellen Entwicklung möchte ich Sie zunächst über den Sachstand informieren.

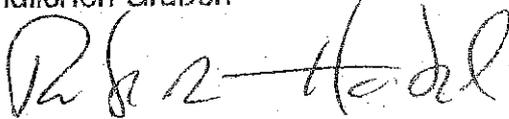
Nachdem die von BMUB unter Bezugnahme auf eine Verständigung zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten vom 13. Juni 2013 angestrebte Einigung mit vier Bundesländern über eine Bereitschaft zur Aufnahme von WAA-Castoren lange Zeit an der fehlenden Zustimmung Bayerns scheiterte, stellte BMUB am 19. Juni 2015 einseitig ein Gesamtkonzept zur Rückführung der verglasten radioaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung vor, welches ich diesem Schreiben beifüge. Das Konzept sieht die Verteilung der WAA-Abfälle wie folgt vor: Im Standortzwischenlager Philippsburg werden die fünf Behälter mit verglasten mittelradioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung in Frankreich, im Standortzwischenlager Biblis und im Standortzwischenlager Brokdorf jeweils bis zu sieben Behälter und im Standortzwischenlager Isar bis zu neun Behälter mit verglasten hochradioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung im Vereinigten Königreich aufbewahrt. In einem Eckpunktepapier vom selben Tag erklärten die Energieversorgungsunternehmen: „Die EVU begrüßen grundsätzlich die Vorlage eines Konzepts durch das BMUB. Sie werden dieses Konzept insbesondere unter Standort- und Wirtschaftlichkeits- bzw. Kostenaspekten eingehend auch unter Einbeziehung standortübergreifender Fragestellungen prüfen und ggfs. Vorschläge zur weiteren Optimierung machen.“

In einer gemeinsamen Erklärung des BMUB und der Bayerischen Staatsregierung vom 4. Dezember 2015, hat Bayern dem Konzept nunmehr zugestimmt, wobei hinsichtlich der Castor-Behälter aus Sellafeld festgehalten wurde, dass diese gleichmäßig, d. h. je sieben,

auf die Standorte Biblis, Brokdorf und Isar verteilt werden sollen. Damit hat nach Baden-Württemberg und Hessen ein viertes Bundesland seine Beteiligungsbereitschaft im Sinne des Landtagsbeschlusses erklärt. Die Erklärung füge ich zu Ihrer Information diesem Schreiben als Anlage bei. Das BMUB geht davon aus, dass mit diesem Schritt das Konzept jetzt umgesetzt werden könne. Die zugehörige Presseinformation vom 8. Dezember 2015 ist ebenfalls beigefügt.

Vor diesem Hintergrund würde ich namens der Landesregierung gerne in Erfahrung bringen, ob der Landtag seine Bedingungen als erfüllt ansieht, bzw. inwieweit seitens Ihrer Fraktion noch weiterer Klärungs-, Diskussions- oder Handlungsbedarf gesehen wird. Für die Landesregierung biete ich gerne an, diese Thematik in Ihrer Fraktion oder Ihren Arbeitskreisen weiter zu vertiefen. Am Ende ist zu klären, ob es einer weiteren Beschlussfassung bedarf oder ob ich für Schleswig-Holstein die Bedingungen als erfüllt angebe.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Robert Habeck

Anlagen